

📅 Dienstag, 20.11.2018 - 00:00 ⏱ 3 min

Kreistag Groß-Gerau zu Ultranet: So nicht

Breite Mehrheit lehnt Trassenführung in der Nähe von Wohnbebauung ab. Landrat Will legt den Haushaltsentwurf 2019 vor, der mit einem Überschuss von 17,3 Millionen Euro kalkuliert.



Von **Daniel Baczyk**
Redaktion Südhessen



Abgelehnt hat der Groß-Gerauer Kreistag die Trassenführung von Ultranet. Nach Ansicht der Kommunalpolitiker führt die Leitung zu dicht an Bischofsheim, Bauschheim, Wallerstädten und Wolfskehlen vorbei. (Foto: Daniel Reinhardt)

KREIS GROSS-GERAU - Mit breiter Mehrheit hat der Kreistag in seiner Sitzung am Montagnachmittag den Bau der sogenannten Ultranet-Trasse quer durch den Kreis

Groß-Gerau „in ihrer jetzigen planerischen Ausführung“ abgelehnt. Eine zusätzliche Belastung der Städte und Gemeinden durch die Stromtrasse könne nicht hingenommen werden, heißt es in einer EntschlieÙung, die von Freien Wählern, SPD, Grünen und Linken gemeinsam eingebracht und auch von FDP und AfD unterstützt wurde. Nur die CDU stimmte dagegen.

Die Ultranet-Trasse soll der bestehenden Hochspannungsleitung folgen, die den Kreis in Nord-Süd-Richtung quert. Erstmals sollen dabei Wechsel- und Gleichstrom auf denselben Masten geleitet werden. Genehmigt wurde die Leitung durch die Bundesnetzagentur. Das jetzige ablehnende Votum des Kreistags ist rechtlich nicht bindend.

Für die CDU verwies Heinrich Adler in der Kreistagsdebatte darauf, dass die Bedenken gegen die Ultranet-Trasse bereits in zwei Stellungnahmen der Kreisverwaltung zum Ausdruck gekommen seien. Eine politische Beschlussfassung sei daher unnötig.

Fotos



Abgelehnt hat der Groß-Gerauer Kreistag die Trassenführung von Ultranet. Foto: Nach Ansicht der Kommunalpolitiker führt die Leitung zu dicht an Bischofsheim, Bauschheim, Wallerstädten und Wolfskehlen vorbei. Foto: Daniel Reinhardt

Verweis auf Widerstand in der Bevölkerung

Dem widersprach der SPD-Abgeordnete Nils Kraft: „Sachpolitik findet nicht nur in den Amtsstuben statt.“ Ein deutliches politisches Signal sei nötig, um die Interessen der Kreisbewohner zu wahren. Ausdrücklich bedankte sich Kraft bei Helmut Kinkel (Freie Wähler), der den Anstoß für die Resolution gegeben hatte. Kinkel verwies auf wachsenden Widerstand in der Bevölkerung gegen die neuartige Stromtrasse.

„Wir wollen keine Panikmache, aber auch keine Verharmlosung“, begründete Brigitte Schlüter (FDP) die Unterstützung des Antrags. Damit wird der Kreisausschuss aufgefordert, die geplante Trassenführung abzulehnen; zustimmungsfähig sei sie nur dann, wenn sie mindestens 400 Meter entfernt von Wohngebieten oder unterirdisch verlaufe.

GEIS FÜHRT SPD-FRAKTION

- › Wechsel an der Spitze der SPD-Fraktion im Kreistag: Der bisherige Fraktionsvorsitzende Jan Deboy hat sein Kreistagsmandat niedergelegt, weil er beruflich zur Kreisvolkshochschule wechselt. Beides sei unvereinbar, erklärte er am Montag. Zur Nachfolgerin wählte die SPD-Fraktion mit Mehrheit die Landtagsabgeordnete Kerstin Geis aus Ginsheim-Gustavsburg. (db)
-

Landrat Thomas Will (SPD) hatte den Abgeordneten zuvor den Entwurf des Kreishaushalts für 2019 vorgestellt. Er sieht Ausgaben von 375,9 Millionen bei kalkulierten Einnahmen von 393,2 Millionen Euro vor, also einen Überschuss von 17,3 Millionen Euro. Will verwies darauf, dass wegen des Beitritts zur Hessenkasse Kredite getilgt, ein Eigenbeitrag für die Kasse geleistet und ein „Liquiditätspuffer“ eingeplant werden müsse. Dies sei gewährleistet, der Haushalt sei ausgeglichen und „nach unserer Überzeugung genehmigungsfähig“.

Will kritisierte Land und Bund, weil sie die Kommunen finanziell zu schlecht ausstatteten. Der Haushaltsentwurf sieht eine Erhöhung der Kreisumlage, die von

den 14 Kreiskommunen gezahlt werden muss, auf 138,8 Millionen Euro vor (2017: 127,4 Millionen). Dagegen sinkt die Schulumlage von 52 auf 51,2 Millionen Euro.

Den Anstieg der Personalkosten von 50,4 auf 53,5 Millionen Euro, bedingt auch durch die Schaffung von 50 neuen Stellen, begründete Will vor allem mit dem Bundesteilhabegesetz sowie mit dem Ziel, den Service für Bürger in der Bauverwaltung, im Ausländeramt und bei der Kfz-Zulassung zu verbessern.

Ausführlich schilderte der Landrat die jüngste Entwicklung bei den Finanzen der Kreisklinik. Dies sei das beherrschende Thema des Jahres 2018 gewesen. Will zeigte sich stark verärgert über das Verhalten der Klinikleitung, die die politischen Gremien über das auf 9,5 Millionen Euro hochgeschwellte Jahresdefizit zu spät informiert habe. „So kann und darf es nicht weitergehen.“ Er habe den früheren Finanzchef des Kreises, Joachim Hamann, in das Management der Klinik entsandt, um dort die Finanzen zu ordnen.

Dagegen kritisierte Peter Engemann (FDP) vor allem den Aufsichtsrat der Klinik scharf: Es sei ein „Skandal“, wie dieser seine Pflichten zur Kontrolle der Geschäftsführung vernachlässige, während die Kreisklinik „am Rand des Abgrunds“ stehe.

Kommentare